

## Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!



Die Herausforderungen nehmen zu, die Welt hat sich im letzten Jahr dramatisch verändert. Denken wir nur an die Ebola-Epidemie in Afrika oder an unseren Kontinent, wo die Ukraine sich nach wie vor längst überwunden geglaubten Aggressionen ausgesetzt sieht; was uns weder politisch noch ökonomisch unberührt lässt.

Unbeschreiblich ist die Lage im Nahen Osten mit enthemmter Gewalt und massiven Flüchtlingsströmen. Durch die Beteiligung deutscher Islamisten als Kämpfer auf der Seite der Terroristen ist der „Islamische Staat“ (IS) auch eine deutsche Angelegenheit. Dieser Herausforderung werden sich unsere Sicherheitsbehörden stellen. Wo Gesetze geändert werden müssen, werden wir sie ändern. Und es ist gut, dass am vergangenen Freitag so viele Menschen islamischen Glaubens deutschlandweit in Gebeten und friedlichen Kundgebungen ein deutliches Zeichen gegen die Gewalt des IS und den Missbrauch ihrer Religion und die Radikalisierung junger Menschen gesetzt haben.

*„Niemand soll meinen, er könne sich hinter Gott verstecken, während er Gewalttaten und Übergriffe plant und ausführt.“* So hat es Papst Franziskus auf seiner Albanien-Reise ausgedrückt. Er lobte das friedliche Zusammenleben von Muslimen, Katholiken und Orthodoxen dort. Seine zentrale Botschaft gegen den Terror lautete: *„Niemand nehme die Religion zum Vorwand für seine Taten, die der Würde des Menschen und seinen Grundrechten entgegen stehen“*. Diese Basisrechte seien *„an erster Stelle das Recht auf Leben und auf Religionsfreiheit aller“*.

Neben unserer Aufmerksamkeit brauchen die Menschen in Nahost in ihrer aktuellen Not aber unsere tatkräftige Hilfe. Die Türkei hat sich vorbildlich um Flüchtlinge gekümmert, ebenso die kurdische Regionalregierung im Nord-Irak. Auch Deutschland ist bereits sehr aktiv vor Ort. Gleichzeitig aber liegen Hilfsgelder aus der EU und anderen Staaten brach, weil die Vereinten Nationen bislang keine Koordinatoren stellen. Doch der Winter steht vor der Tür. Wenn bei den Menschen der Eindruck entsteht, die Weltgemeinschaft helfe nicht, wachsen die Flüchtlingsströme aus der Region. Der IS hätte sein Ziel erreicht: Jesiden, schiitische Turkmenen, sunnitische Kurden und die seit 2.000 Jahren dort heimischen Christen würden das Land ihrer Geburt verlassen – wohl für immer. Es muss alles getan werden, damit umfassende Hilfe vor Ort greift. Nur so, im Bewusstsein, dass wir sie nicht vergessen, werden die Menschen den Mut dazu finden, in ihrer Heimat zu bleiben.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

## Bürgersprechstunde am 01. Oktober in Eschweiler

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Mittwoch, 01. Oktober 2014, von 18:00 bis 19:00 Uhr im Rathaus der Stadt Eschweiler (CDU-Fraktionszimmer) statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich mit ihren Fragen und Anregungen an mich zu wenden. Besucher der Sprechstunde sollten sich möglichst vorab unter 02404/557830 anmelden.

**Mitglied des Deutschen Bundestages  
für die StädteRegion Aachen**

## Asylsystem zugunsten wirklich Verfolgter entlastet

Viele Personen, die einen Antrag auf die Gewährung politischen Asyls stellen, haben praktisch keine Aussicht auf Erfolg. Dies gilt etwa für mehr als 99 Prozent der Anträge aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Rund 25 Prozent der in Deutschland gestellten Asylanträge stammen von Asylbewerbern aus diesen Ländern. Trotz der Aussichtslosigkeit müssen die Menschen, solange über die Anträge nicht entschieden ist, im Rahmen der bestehenden Quotenregelung zur Unterbringung auf die Kommunen verteilt werden, denen damit eine zusätzliche Bürde aufgetragen wird.

Gleichzeitig können die Anträge etwa von Menschen aus Syrien, deren Asylanträge zu über 90 Prozent anerkannt werden, nicht schnell genug bearbeitet werden. Mit der nun endgültig verabschiedeten Einstufung als sichere Herkunftsstaaten werden Anträge aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina künftig schneller entschieden werden können, so dass mehr Kapazitäten für wirklich Verfolgte frei sein werden. Nur ein gerechtes Asylsystem, das nicht als Vehikel für unregelmäßige Zuwanderung funktioniert, hat die Akzeptanz der Bevölkerung.

## Deutschlands Beitrag zur Eindämmung der Ebola-Epidemie

Am Mittwoch haben wir die Tagesordnung des Bundestages um eine vereinbarte Debatte zur Ebola-Epidemie in West-Afrika ergänzt. In Sierra Leone, Liberia und Guinea sind bereits mindestens 2.500 Tote und über 5.000 diagnostizierte Fälle zu beklagen. In allen drei Ländern steigt die Zahl der Infizierten und Toten momentan exponentiell an. Über die Debatte hinaus begrüße ich den bisherigen deutschen Beitrag zur Bekämpfung der Epidemie, insbesondere die jüngsten Zusagen, die finanzielle Hilfe aus unserem Land deutlich anzuheben.

Damit sollen die Versorgung der Ebola-Kranken mit Medikamenten und medizinischem Personal verbessert sowie Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen unterstützt werden. Richtig finde ich auch die jüngste Ankündigung der Bundeskanzlerin, eine Luftbrücke zum Transport von Hilfsgütern sowie eine Krankenstation zur Verfügung zu stellen. An der dafür notwendigen Logistik wird sich das Technische Hilfswerk beteiligen. Die Bundeswehr wird zur Errichtung der Luftbrücke bis zu 100 Soldaten und zwei Transall-Transportflugzeuge einsetzen. Diese Sofortmaßnahmen werden hoffentlich dazu beitragen, die tödliche Epidemie schnell und entschlossen zu bekämpfen.

## Bildungsinvestitionen sind für den Staat gut angelegtes Geld

Durch Arbeitnehmer mit Berufsausbildung oder Studienabschluss fließen dem Staat über Steuern und Abgaben erheblich mehr Einnahmen zu als dieser in deren Ausbildung investiert. Im Mittel summiert sich der fiskalische Nettoertrag pro Auszubildendem für die Staatskasse über das gesamte Erwerbsleben hinweg auf 124.000 Euro für Arbeitnehmer mit Berufsausbildung im Vergleich zu solchen ohne eine entsprechende Qualifikation und auf 97.000 Euro für Beschäftigte mit Hochschulabschluss im Vergleich zu solchen mit Berufsausbildung. Investitionen in Bildung sind für die öffentlichen Haushalte in Deutschland somit sehr gut angelegtes Geld. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim zu den Erträgen von Bildungsinvestitionen in Deutschland.

### Impressum:

Ausgabe Nr.: 15/14 26. September 2014

### Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: [helmut.brandt@bundestag.de](mailto:helmut.brandt@bundestag.de)

### Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: [helmut.brandt@wk.bundestag.de](mailto:helmut.brandt@wk.bundestag.de)

Internet: [helmut-brandt.de](http://helmut-brandt.de)

[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)